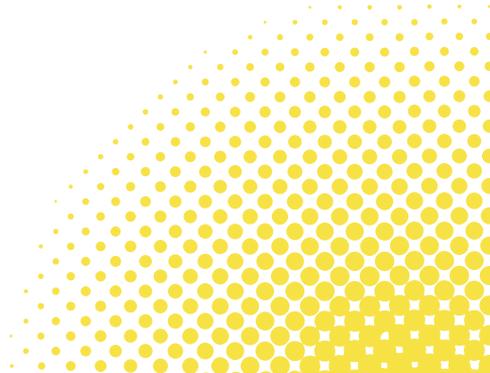


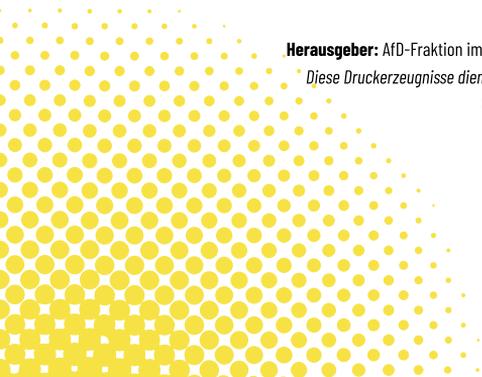
**ANFANG VOM ENDE DER DDR**  
**DER VOLKSAUFSTAND VOM 17. JUNI 1953**



**ANFANG VOM ENDE DER DDR**

DER VOLKSAUFSTAND VOM 17. JUNI 1953





## **Impressum**

**Herausgeber:** AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt | Domplatz 6-9 | 39104 Magdeburg

*Diese Druckerzeugnisse dienen nur zum Zwecke der Verwendung durch die AfD-Fraktion.*

**Satz und Layout:** AfD-Fraktion

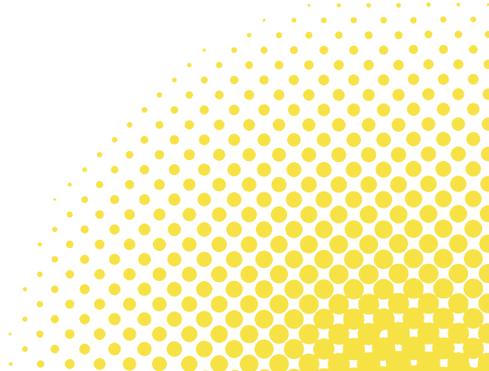
## Grußworte



Oliver Kirchner



Gordon Köhler



Liebe Bürger von Sachsen-Anhalt,

der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 jährt sich zum 70. Mal. Für die AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt ist dies Grund und Anlass, dem Einsatz und dem Opfer der mutigen Männer und Frauen der Volkserhebung in der DDR alle Ehre und Hochachtung auszusprechen.

Der 17. Juni steht wie kaum ein anderer Tag der jüngeren Geschichte unserer Nation für Selbstbestimmung und den Freiheits- und Einheitswillen des deutschen Volkes. Er bildete den Ausgangspunkt zum Mauerfall und zur deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Als Sinnbild des Kampfes für Demokratie, gegen totalitäre Herrschaft und politisches Unrecht darf er nie in Vergessenheit geraten.

Vergessen dürfen wir auch nicht die Aufständischen vom 17. Juni, die erschossen, verletzt und inhaftiert worden sind. Tausende mussten ihren Mut mit Verfolgung und Haft oder gar mit dem Leben bezahlen.

Ich selbst, Jahrgang 1966, wurde in Magdeburg geboren und habe den DDR-Volksaufstand nicht miterlebt. Dennoch war und ist dieser Tag für mich immer wieder gegenwärtig gewesen. Ich erinnere mich oft an einen alten Schulfreund, dessen Großvater am 17. Juni 1953 erschossen wurde. Ich denke auch oft an meinen eigenen Onkel, welcher als Hundestaffelführer der Magdeburger Polizei bei einer Gefangenenbefreiung in Sudenburg mitwirkte und noch in derselben Nacht mit Frau und Kindern die DDR über Berlin Richtung Westen verlassen musste. Immer wieder durfte ich ältere Magdeburger treffen, die selbst dabei waren und mir von ihren Erlebnissen und Eindrücken berichteten – von den Gründen der Volkserhebung, von den aufmarschierenden sowjetischen Truppen, den anrollenden Panzern, den Inhaftierungen, den öffentlichen Todesurteilen, aber vor allem vom Mut, den man damals hatte.

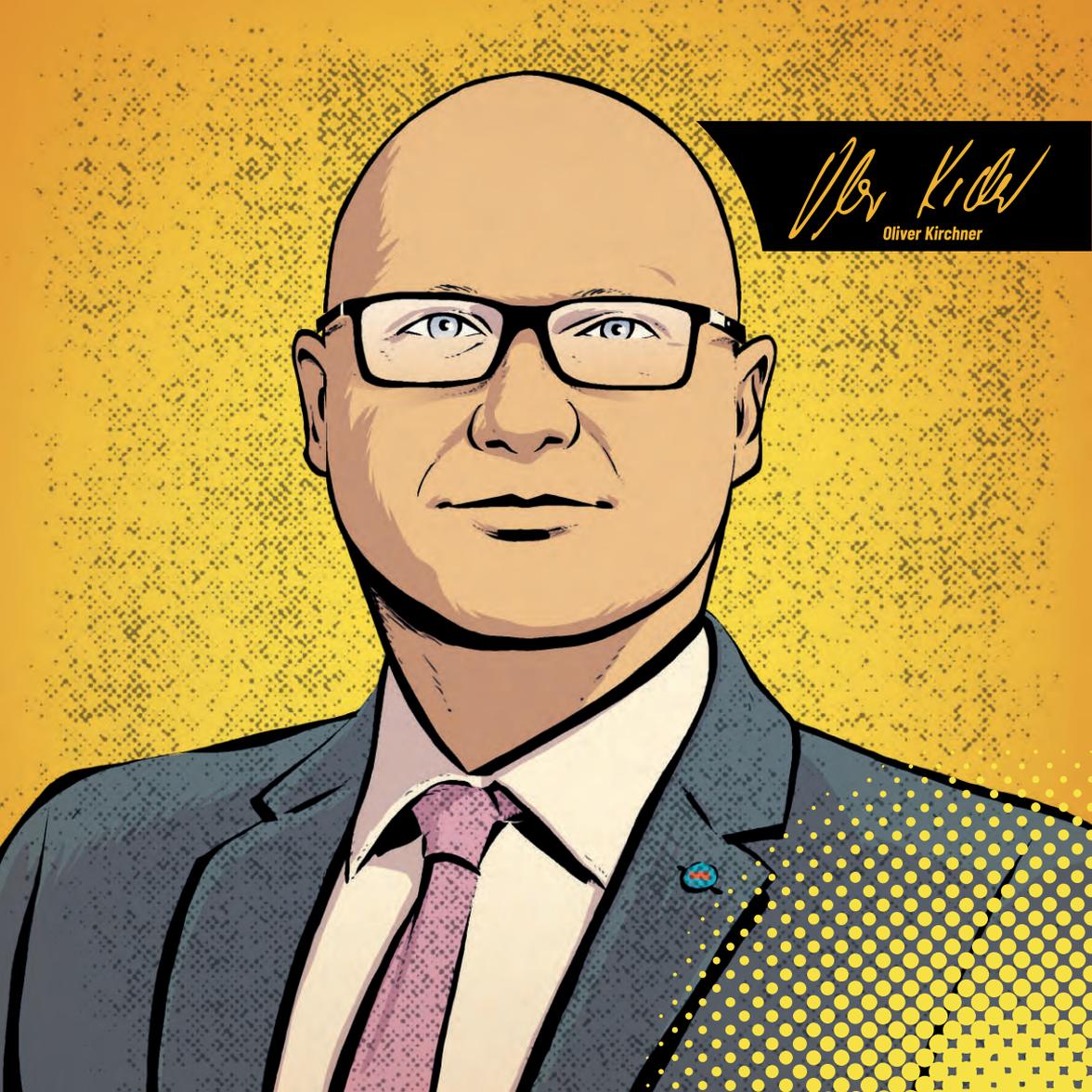
Diesen Mut zu Erhebung und Tat der Deutschen in der damaligen DDR möchten wir mit vorliegendem Heft, welches eine neue Bildokumentation auf unseren Fraktionsfluren begleitet, helfen in Erinnerung zu halten.

Liebe Sachsen-Anhalter, ein nationaler Gedenktag fordert ein würdiges Gedenken! Halten wir die Erinnerung an den 17. Juni 1953 wach. Lassen Sie uns gemeinsam jenen, auch durch härteste Gegenmaßnahmen nicht unterdrückbaren Mut, jene Entschlossenheit und Beherztheit, die unsere Landsleute vor 70 Jahren aufbrachten, weitertragen.



Ihr Oliver Kirchner

Vorsitzender der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt



*Oliver Kirchner*  
Oliver Kirchner

Liebe Bürger Sachsen-Anhalts,

dass man an einem Tag wie dem 17. Juni an den Arbeiteraufstand von 1953 und den damit verknüpften Ereignissen und Schicksalen gedenken und erinnern soll und muss, steht außer Frage. Aber im Wort „Gedenken“ steckt auch das Wort „denken“, und so ist der Auftrag unserer Generationen, nicht nur den Mut und die Opfer von damals anzuerkennen, sondern auch für uns selbst klarzumachen, was ein Tag wie der 17. Juni in der heutigen Zeit bedeutet. Wir müssen darüber nachdenken, welche Lehren und Konsequenzen wir für uns daraus ziehen können.

Vor 70 Jahren haben sich die Arbeiter in der DDR einen freiheitsraubenden Eingriff des Staates in ihr Leben nicht kommentarlos gefallen lassen. Die Antwort des Regimes auf die Rebellion waren Polizei und Panzer, Folter und Verhaftungen, Gefängnis und Tod.

Heute wird der Staat erneut übergriffig.

Er zerstört Wohlstand und Lebensgrundlagen auf der einen Seite, auf der andere Seite schröpft er seine Bürger finanziell aus. Mehr noch, das Sicherheitsversprechen durch den Staat wurde für offene Grenzen aufgekündigt, und es folgen Sprachdiktatur und Bildungsarmut für alle. Wer sich dieser Politik widersetzt, der spürt staatliche und gesellschaftliche Repression, Verächtlichmachung und Diskreditierung.

Doch wir schweigen nicht!

Wir erinnern uns an den Mut und die Courage jener Bürger, die gegen Unrecht aufstanden und sich nur mit der Faust in der Tasche den Panzern widersetzen.

Anders als unsere Landsleute vor 70 Jahren, haben wir heute die Möglichkeit, uns friedlich gegen einen übergriffigen Staat und dessen selbsternannte Zivilgesellschaft zur Wehr zu setzen. Fassen wir den Mut, aus der Komfortzone auszubrechen und haben wir die dieselbe Courage wie unsere Landsleute damals, den Staat daran zu erinnern, wer der Souverän in diesem Land ist: Unser Volk!

A handwritten signature in black ink that reads "Gordon Köhler". The signature is written in a cursive, flowing style.

Ihr Gordon Köhler

Stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt



*Gordon Köhler*

Gordon Köhler



## **Inhaltsverzeichnis**

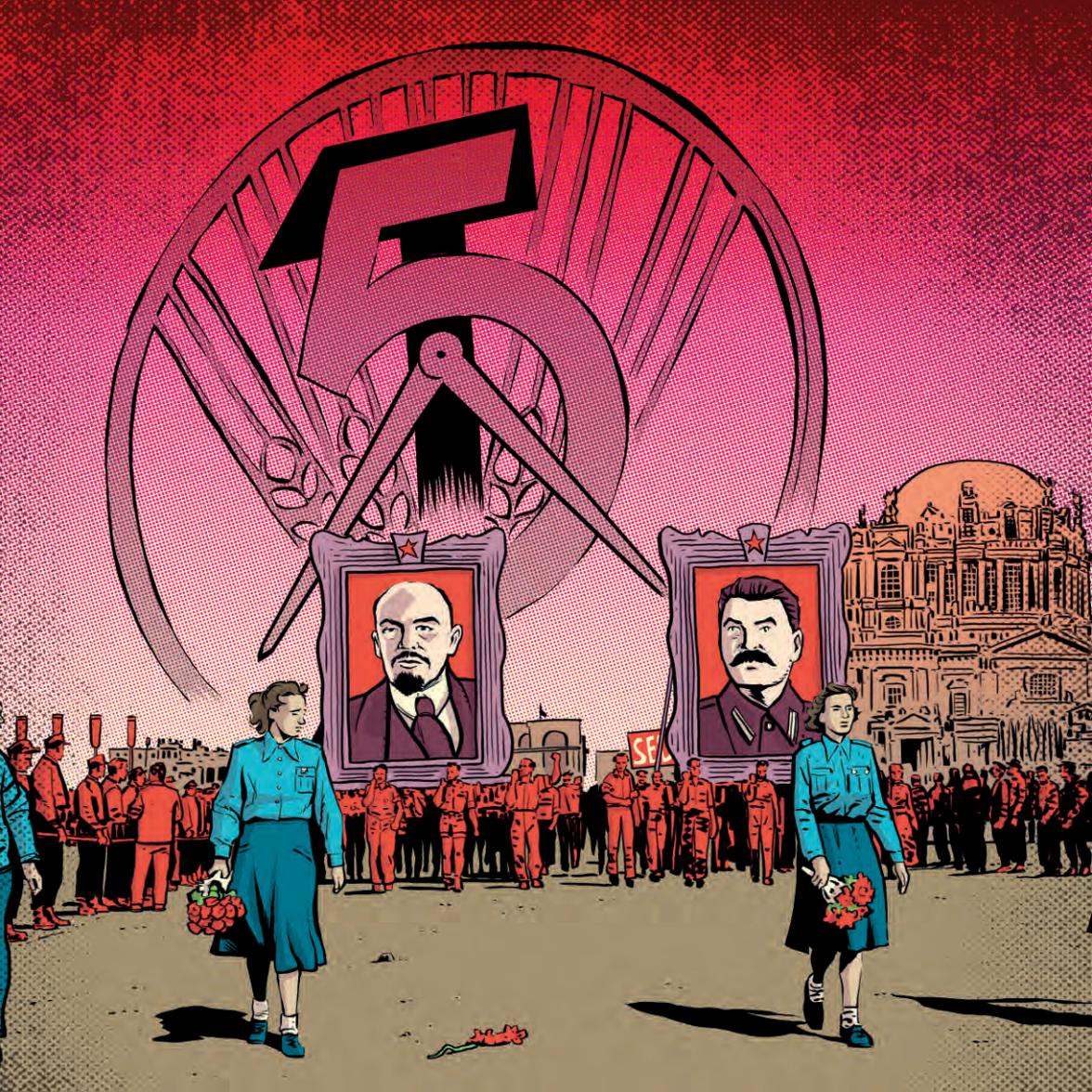
<b>Seite 10/11</b> .....	DIE WIRTSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE IN DER SBZ/DDR
<b>Seite 12/13</b> .....	DIE 2. PARTEIKONFERENZ ALS KRIEGSERKLÄRUNG GEGEN DAS EIGENE VOLK
<b>Seite 14/15</b> .....	STALINS TOD FÜHRT IN DIE ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT
<b>Seite 16/17</b> .....	ARBEITSKAMPF GEGEN DEN STAAT ALS AUSBEUTER
<b>Seite 18/19</b> .....	DER 17. JUNI 1953 IN MAGDEBURG
<b>Seite 20/21</b> .....	ERNST GROBE (1904 - 1953) - DER VOLKSAUFSTAND AUF DEM LANDE
<b>Seite 22/23</b> .....	DIE ROTE ARMEE GREIFT EIN
<b>Seite 24/25</b> .....	ERNST JENNRICH (1911 - 1954)
<b>Seite 26/27</b> .....	ALFRED DARTSCH (1910 - 1953) UND HERBERT STAUCH (1917 - 1953)
<b>Seite 28/29</b> .....	IN STADT UND LAND AUF DEN BEINEN
<b>Seite 30/31</b> .....	EINE ERSTICKTE HOFFNUNG
<b>Seite 32/33</b> .....	STURM AUF DIE GEFÄNGNISSE UND EINRICHTUNGEN DES UNTERDRÜCKUNGSAPPARATS
<b>Seite 34/35</b> .....	FRIEDHOFSRUHE VON 1954 BIS 1989
<b>Seite 36/37</b> .....	STREIKS UND AUFSTÄNDE IN DEN WESTZONEN
<b>Seite 38/39</b> .....	DER VOLKSAUFSTAND WIRD ZUM NATIONALFEIERTAG IN DER BRD
<b>Seite 40/41</b> .....	DER 17. JUNI 1953 ALS „INNERE STAATSGRÜNDUNG“ DER DDR
<b>Seite 42/43/44</b> .....	AfD-Antrag „Zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der 'DDR': Ein nationaler Gedenktag fordert ein würdiges Gedenken!“ (Drs. 8/2865)

## **DIE WIRTSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE IN DER SBZ/DDR**

Die Industriegebiete Mitteldeutschlands sind stark durch den Krieg geschädigt. Die Reparationsleistungen umfassen bis 1948 die weitgehende Demontage der erhaltenen Industrieanlagen. Zugleich wird das Eisenbahnnetz in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) um gut die Hälfte reduziert. In der Landwirtschaft ist die Lage ebenfalls angespannt.

Die Grundeigentümer mit mehr als 100 Hektar Fläche werden 1945/46 entschädigungslos enteignet und der Boden unter landarmen oder landlosen Bauern, Kleinpächtern und Vertriebenen aufgeteilt. Diesen droht inzwischen ihrerseits eine Zwangskollektivierung. Im Herbst 1952 werden unterdurchschnittliche Ernten eingefahren. Die beginnende Aufrüstung, die Besatzungskosten und Reparationsleistungen belasten den Staatshaushalt der DDR. Eine höhere Arbeitsproduktivität soll bei Senkung der Selbstkosten erreicht werden.

Die Volkseigenen Betriebe werden am 28. Mai 1953 angewiesen, bis zum 60. Geburtstag Walter Ulbrichts in freiwilliger Selbstverpflichtung die Arbeitsnormen um 10 Prozent zu erhöhen.



## **DIE 2. PARTEIKONFERENZ ALS KRIEGSERKLÄRUNG GEGEN DAS EIGENE VOLK**

Auf der 2. Parteikonferenz vom Juli 1952 ruft die SED den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ aus. Das umfasst die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild. Die Länder werden aufgelöst und in Bezirke überführt und die Kollektivierung der Landwirtschaft vorangetrieben.

Nationale Streitkräfte sollen aufgestellt werden. Das Geld dafür presst der Staat als Hauptarbeitgeber aus seinen Werkträgern. Der Aufbau der Schwerindustrie entzieht der Lebensmittel- und Konsumgüterproduktion die Grundlage. Verteuerung der Lebensmittel und Stromabschaltungen für Privathaushalte sind die Folge. Zudem wird der verbliebenen Mittelschicht durch erhöhte Abgaben und den Entzug von Lebensmittelkarten das Leben erschwert.

Im Frühjahr 1953 füllen sich die Gefängnisse mit den Opfern der planmäßigen Repressalien.



## **STALINS TOD FÜHRT IN DIE ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT**

In den Prozess der gewaltsamen Sowjetisierung der DDR fällt im März 1953 der unerwartete Tod des Diktators Stalin. In der Sowjetunion wird eine Kurswende eingeleitet. Eine Delegation der SED wird Anfang Juni nach Moskau bestellt. Ihr werden „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“ vorgelegt.

Auf das Widerstreben der SED-Funktionäre antwortet der hochrangige Funktionär der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland (SMAD), Wladimir Semjonow: „In vierzehn Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben.“ In gewohntem Gehorsam verkündet daraufhin das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ am 11. Juni einen „Neuen Kurs“. Handwerker und Gewerbetreibende können die Rückgabe ihrer Betriebe beantragen. Bauern erhalten ihre beschlagnahmten Landmaschinen zurück. Stromabschaltungen finden nicht mehr statt. Eine Überprüfung der drastischen Strafverfolgungen wird in Aussicht gestellt und die Repressionen gegen Geistliche und ihre Gemeindemitglieder hören auf.

Nicht angetastet werden dagegen die Arbeitsnormerhöhungen.



## **ARBEITSKAMPF GEGEN DEN STAAT ALS AUSBEUTER**

Bereits im Mai war es vereinzelt zu Streiks gekommen. Die Partei- und Gewerkschaftspresse publiziert widersprüchliche Beiträge zur Normerhöhung. Sogenannte Betriebskollektivverträge (BKV) berauben die Arbeiter ihrer Zuschläge und Prämien. Als das durchgedrückt werden soll, wehren sich die Belegschaften der Leuna-Werke und des Schwermaschinenwerks „Ernst Thälmann“ in Magdeburg. Als auf den prestigeträchtigen Großbaustellen von Berlin am 15. und 16. Juni Protestaktionen stattfinden, ist das ein Fanal für das gesamte Land.

In über 700 Orten, Städten und Betrieben versammelt sich die aufgebrauchte Menge zu Kundgebungen. Dabei sind die Normerhöhungen nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre brechen sich Bahn. Das politische System wird grundsätzlich in Frage gestellt. Demonstranten fordern den Rücktritt Walter Ulbrichts, freie Wahlen, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Freilassung der politischen Häftlinge.

Und sie warten nicht mehr geduldig auf Antwort. Sie stürmen die Verwaltungsgebäude, verjagen die verhassten Parteikontrolleure und beginnen Gefangene zu befreien.



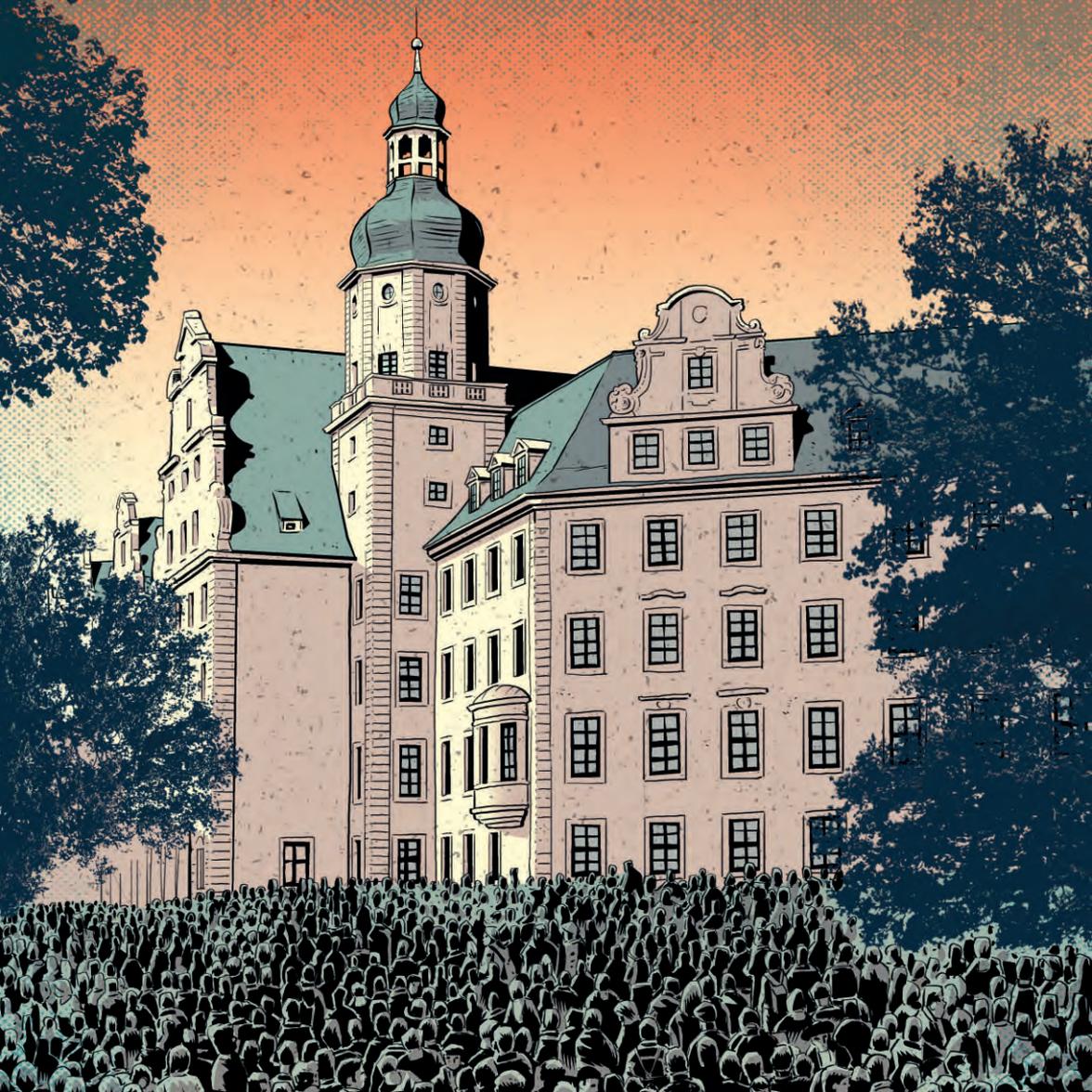
Für  
freie  
Wahlen!

## **DER 17. JUNI 1953 IN MAGDEBURG**

Der Magdeburger Claus Fritzsche erfährt durch den Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) von den Berliner Ereignissen. Er berichtet: „Als ich am 17. Juni wie üblich um 7.30 Uhr meine Arbeit im Dolmetscherbüro der SAG (Sowjetische Aktiengesellschaft) 'AMO' in Magdeburg antrat, war noch alles ruhig. Ich spürte aber, dass irgendetwas in der Luft lag.

Etwa eine halbe Stunde später ertönte Lärm auf dem Fabrihof, und von der Großen Schmiede kam eine Kolonne von einigen Hundert Männern in Arbeitsanzügen herbeimarschiert. Auf einer Blechtafel, die vornweg getragen wurde, stand mit Kreide geschrieben: 'Magdeburg folgt Berlin.' Fritzsche berichtet weiter, wie die Demonstranten aus den Magdeburger Großbetrieben in die Innenstadt ziehen. Die Bezirksleitungen von SED und der Jugendorganisation FDJ werden gestürmt.

Als die Arbeiter das Gefängnis im Gebäude des Bezirksgerichts öffnen wollen, wird von einem der inzwischen eingetroffenen Sowjetpanzer eine MG-Garbe über die Köpfe gefeuert.



## **ERNST GROBE (1904 - 1953) - DER VOLKSAUFSTAND AUF DEM LANDE**

Ernst Grobe ist durch eine Schussverletzung kriegsversehrt. Gemeinsam mit seiner Frau, ihrem Sohn und dessen Gattin führt er einen Hof in Brumby bei Staßfurt. Die Grobes wirtschaften gut und erfüllen die staatlich vorgegebenen Normen.

Als sich am 17. Juni 1953 vor dem Gemeindeamt eine aufgebrauchte Menge versammelt, die Transparente und Bilder von Funktionären auf dem Platz vor dem Gasthof verbrennen, geht Grobe mit sechs weiteren Bauern zum Bürgermeister und stellt ihn wegen einer schwarzen Liste von selbstständig wirtschaftenden Bauern zur Rede, die demnächst enteignet werden sollen.

Einen führenden SED-Funktionär treffen sie nicht in seinem Haus an. Die Möbel und andere Gegenstände von enteigneten Bauern räumen sie aus und stellen sie im Saal des Gasthofs unter. Ein Mannschaftswagen der Volkspolizei wird in die Flucht geschlagen. Bald darauf treffen die Sowjets ein.

Grobe wird als Rädelführer in der sowjetischen Kommandantur in Schönebeck verhört. Am vierten Tag nach seiner Festnahme am 21. Juni findet man ihn erhängt in seiner Zelle.



## **DIE ROTE ARMEE GREIFT EIN**

Als der Aufstand in vollem Gange und der SED das Heft des Handelns entglitten ist, fährt das sowjetische Militär auf den Straßen und Plätzen auf. In Moskau wird angeordnet 18 Aufständische zu erschießen. Nachgewiesen sind fünf Erschießungen durch sowjetische Kommandos. Allein in Magdeburg werden von den Sowjets drei Personen standrechtlich erschossen.

Zwei Hinrichtungen werden später aufgrund von Gerichtsurteilen der DDR-Justiz vollstreckt. Die Hinrichtungen werden mit Plakaten an den Litfaßsäulen angezeigt. Wladimir Semjonow, ein hoher Funktionär der SMAD, resümierte: „Es gelang uns, die Flamme zu löschen, bevor sie sich ausbreitete.“ Sowjetische Infanteristen patrouillieren durch die Straßen und schießen in die Luft. Tagelang stehen die schweren Panzer in den größtenteils noch stark zerstörten Innenstädten und halten die Geschützrohre auf die verbliebenen Kulturdenkmale gerichtet.

Von Historikern wird die Niederschlagung durch sowjetische Truppen später als „einer der größten Militäreinsätze in der europäischen Nachkriegsgeschichte“ bezeichnet.



## **ERNST JENNRICH (1911 - 1954)**

Der Magdeburger Gärtner Ernst Jennrich gelangt am 17. Juni 1953 mit seinem Sohn vor der Haftanstalt Sudenburg an. Die Wachmannschaften sind bereits entwaffnet. Jennrich wird von der hoffnungsfrohen Stimmung ergriffen. Er nimmt einem Minderjährigen einen Karabiner aus der Hand, feuert ihn leer und zerschlägt das Gewehr, damit niemand dadurch zu Schaden kommen kann. Später wird ihm unterstellt auf einen Volkspolizisten angelegt und ihn getötet zu haben.

Er wird der „Mordhetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen“ bezichtigt. Jennrich wird zu lebenslanger Haft verurteilt. Doch die Staatsanwaltschaft legt gegen das Urteil Berufung ein. In einer 15-minütigen Verhandlung wird ein Todesurteil verhängt. Ein Schöffe legt daraufhin aus Protest sein Amt nieder.

Staatspräsident Pieck lehnt ein Gnadengesuch ab. Ernst Jennrich wird am 20. März 1954 in Dresden mit dem Fallbeil enthauptet. 1991 wird er posthum rehabilitiert und die Urne mit seinen sterblichen Überresten von Dresden in seine Heimatstadt überführt.



## **ALFRED DARTSCH (1910 - 1953) UND HERBERT STAUCH (1917 - 1953)**

Auch der aus dem schlesischen Liegnitz gebürtige Alfred Dartsch nimmt an der Erstürmung des Gefängnisses Sudenburg teil. Die Wachposten auf den nur von außen erreichbaren Ecktürmen werden zur Aufgabe gezwungen, entwaffnet und laufen gelassen. Alles verläuft friedlich bis Stasileute vom Dach des Gefängnisses in die versammelte Menge schießen.

Bei der anschließenden Erstürmung werden zwei Polizisten und ein Stasimann erschossen. Dartsch wird für einen dieser Fälle verantwortlich gemacht. Bevor eine Vernehmung stattfinden kann, wird er von der Staatssicherheit den Sowjets übergeben. Deutsche Volkspolizisten richten ihn und Herbert Stauch auf sowjetischen Befehl durch Genickschuss hin. Der Müllermeister Herbert Stauch gerät zufällig in die Menge, die vor der Bezirksbehörde der Volkspolizei die Freilassung der politischen Gefangenen fordert. Als einer von vier Delegierten der Menge verhandelt er mit dem Polizeichef. Er kann noch unbehelligt das Gebäude verlassen und wird am Abend von der Volkspolizei verhaftet. Am Folgetag wird er wie Alfred Dartsch in einem kurzen Verfahren, dessen Ausgang vorher feststeht, zum Tode verurteilt und von drei sowjetischen Soldaten in eine Ecke des Gefängnishofes geführt, wo er durch deutsche Polizisten hingerichtet wird. Seine Frau erfährt davon aus der Zeitung.

Eine Sterbeurkunde, ohne Angabe der Todesursache, erhält sie nur auf Drängen. Sie muss sich und die beiden Kinder allein durchbringen. Die beiden Opfer der sowjetischen Militärjustiz sind nie bestattet worden. Einem Gerücht zufolge sollen sie im Heizungskeller des Gefängnisses verbrannt worden sein. Sie werden 1996 vom Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation rehabilitiert. In Magdeburg erinnert eine Straße am Innenministerium von Sachsen-Anhalt an Herbert Stauch.

# Bekanntmachung

des Militärkommandanten der Stadt  
Magdeburg

Ich mache hiermit bekannt, daß die  
Einwohner der Stadt Magdeburg

**Dartsch, Alfred und  
Strauch, Herbert**

wegen der aktiven provokatorischen Handlungen  
am 17. Juni 1953, die gegen die festgelegte  
Ordnung gerichtet waren, als auch wegen der  
Teilnahme an den banditischen Handlungen  
vom Gericht des Militärtribunals zum

**Tode durch Erschießen**

verurteilt worden sind.

Das Urteil ist am 18. Juni 1953 vollstreckt  
worden.

Der Militärkommandant  
der Stadt Magdeburg



## **IN STADT UND LAND AUF DEN BEINEN**

Durch die Ballung von wichtigen Industriestandorten kommt es nach Berlin auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt zu den meisten Ereignissen. Im Bezirk Halle ereignen sich an 112 Orten Demonstrationen, öffentliche Kundgebungen, Streiks oder Gewalttätigkeiten gegen offizielle Personen und Einrichtungen. Im Bezirk Magdeburg sind es 82 Orte.

Die Liste liest sich wie ein Ortsverzeichnis: Von Barby, Barleben, Biederitz, Biere, Burg bis Schönebeck, Wanzleben, Wolmirstedt, Zerbst und Zielitz waren überall Tausende auf der Straße. Die Ereignisse jener Tage haben die Sterbeglocke der DDR geläutet. Die Partei und Regierung wussten seither, dass sie jene Arbeiter und Bauern gegen sich hatte, auf die sich der Staat berief. So hat der Volksaufstand der DDR gleich zu Beginn ihre Existenzberechtigung entzogen. Davon hat sie sich nie wieder erholt und war bis zuletzt mit Schadensbegrenzung beschäftigt.

Die Honecker-Regierung rückte dann die Befriedigung materieller Bedürfnisse der Bevölkerung in den Vordergrund, wodurch die DDR noch rascher dem wirtschaftlichen Bankrott entgegentrieb. Als erster nationaler Aufstand gegen die sowjetischen Besatzer und ihre einheimischen Vollstrecker strahlte der Volksaufstand in Mitteldeutschland auf die anderen Ostblockstaaten aus und ging den antistalinistischen Erhebungen 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei voraus.

 AUFSTAND  
 EINSATZ SOWJETISCHER MILITÄRS  
 HÄFTLINGSBEFREIUNG



## **EINE ERSTICKTE HOFFNUNG**

Nach Berlin und Magdeburg gehen die meisten Menschen in Halle auf die Straße. Der Defa-Kameramann Albert Ammer filmt dort das Geschehen mit einer professionellen Kinokamera. Er wird dafür in einem Schauprozess mit einer Zuchthausstrafe und Berufsverbot belegt. Später übersiedelt er nach Bayern. Die Original-Filmrollen sind bis heute verschollen.

Über 150 Einzelbilder sind erhalten und zeugen von der fröhlichen Stimmung, die an jenen Tagen auf den Straßen und Plätzen von Halle herrschte und typisch für die Aufbruchsstimmung im ganzen Land ist. Jubelnde und Lachende sowie die Gegenwart von Frauen und Kindern in großer Zahl vermitteln den Eindruck eines Volksfestes. Das angestaute Gefühl der Bedrückung hat sich gelöst. Nur mit Brutalität können diese Erwartungen erstickt werden. Dabei werden Menschen betroffen, die nur am Rande mit dem Geschehen zu tun haben. Selten werden die tatsächlichen Aktivisten belangt.

Wer Pech hat, wird aus der Menge gegriffen und gerät in die Mühlen der Verfolgung. Andere, deren kritische Einstellung bereits bekannt ist, müssen sich über Tage und Wochen versteckt halten.



## **STURM AUF DIE GEFÄNGNISSE UND EINRICHTUNGEN DES UNTERDRÜCKUNGSAPPARATS**

In den Bezirken Halle, Dresden und Magdeburg gelingt die Gefangenenbefreiung im großen Stil. Die Aufständischen stürmen neun Gefängnisse und zwei Dienstgebäude des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), acht Polizeireviere, vier Volkspolizei-Kreisämter (VPKA) und eine Dienststelle der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP), wie etwa in Magdeburg, wo sich ein Menschaufmarsch vor und auf dem Hof der BDVP bildet.

Mehr als doppelt so viele Einrichtungen werden belagert, aber nicht eingenommen. Von den etwa 1.500 Häftlingen, welche durch die Aufständischen befreit werden, können nur 63 entkommen. Die anderen werden wieder in Gewahrsam genommen. Die von den Massenverhaftungen während des Aufstandes Betroffenen werden größtenteils bald wieder freigelassen, um damit den Bürgern das Gefühl von Großzügigkeit und Nachsicht zu vermitteln.

In den Folgejahren legt sich ein immer enger gestricktes System der Überwachung und Nachstellung über die ganze Gesellschaft.

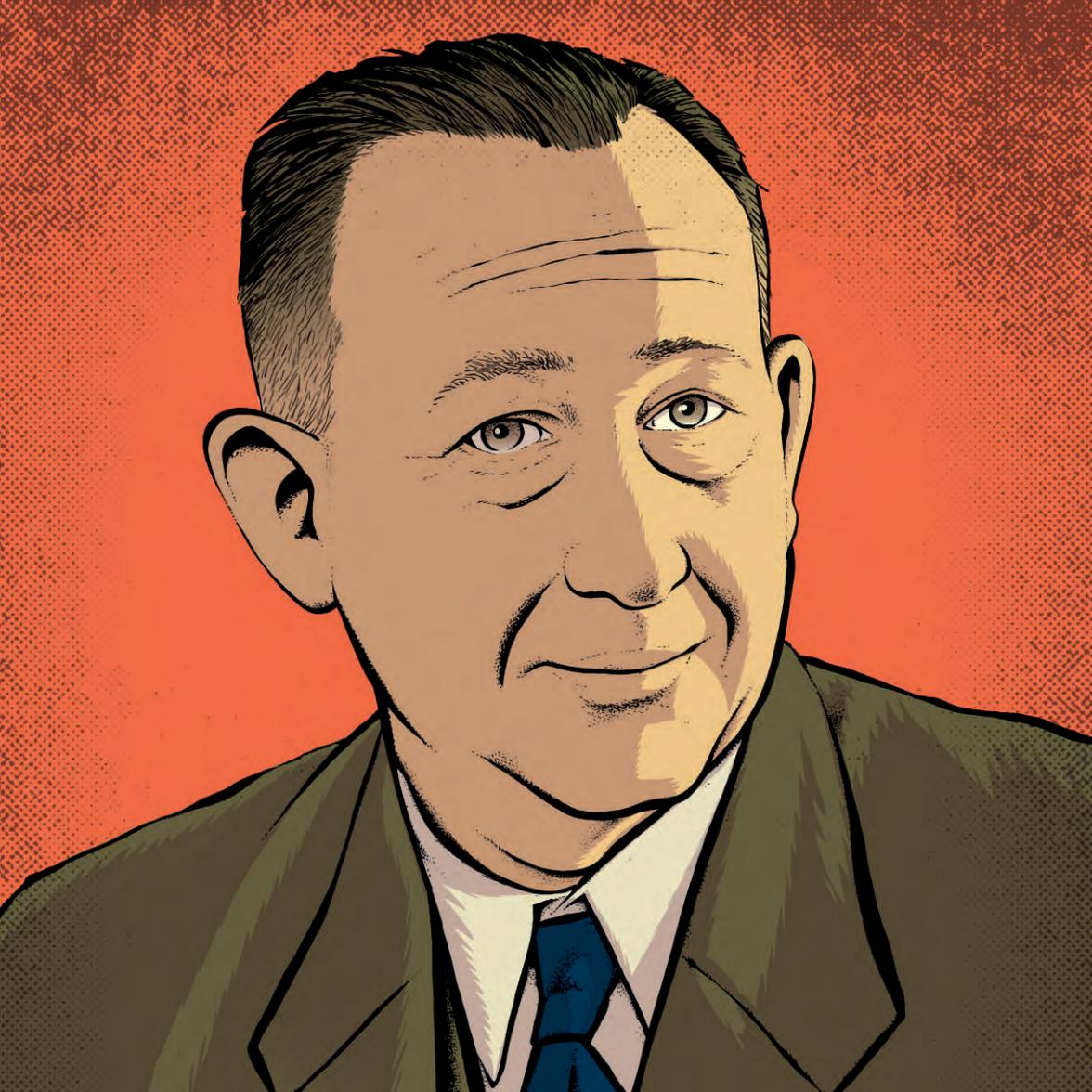


## **FRIEDHOFSRUHE VON 1954 BIS 1989**

Kinowochenschaun simulieren Ende Juni 1953 die Zustimmung der Bevölkerung zu den Maßnahmen des Staates und der Politik der SED. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN bekundet am 1. Juli 1953 „Angehörigen der Sowjetischen Armee ihren Dank für das überlegte Eingreifen am 17. Juni 1953, dem Tag der faschistischen Provokation“.

Jedoch waren 17 Prozent der Streikleiter Mitglieder in der SED. Der Justizminister der DDR Max Fechner, vor der Zwangsvereinigung seit 1910 Mitglied der SPD und bereits unter den Nationalsozialisten zwei Mal inhaftiert, plädiert in einem Interview des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ am 30. Juni 1953 gegen die willkürliche Sanktionierung der Streikleiter und Rädelsführer des Aufstands.

Ohne Nachweis von konkreten Vergehen werde keine Bestrafung erfolgen. Das bringt ihm die Verurteilung zu acht Jahren Zuchthaus als „Feind des Staates und der Partei“ ein. Später wird er im Zuge der Entstalinisierung in der DDR rehabilitiert und geehrt.



## **STREIKS UND AUFSTÄNDE IN DEN WESTZONEN**

Vergleichbare Ereignisse gab es zuvor auch in den westlichen Besatzungszonen. Ein Generalstreik in der Bizone am 12. November 1948 resultierte aus den Folgen der Währungsreform vom 20. Juni. Der Unmut der Arbeiterschaft entzündete sich an der freien Preisentwicklung bei gleichbleibenden Löhnen. Auf Wochenmärkten ereigneten sich Tumulte. Es gab Verabredungen zu Kaufstreiks, um moderatere Preise zu erzwingen. Zwischen August und Mitte September ereigneten sich über 40 Kundgebungen mit bis zu 100.000 Teilnehmern.

Vor allem in Mannheim, Bremen und Stuttgart kam es zu Großdemonstrationen. Am 28. Oktober 1948 rollten US-Panzer über das Stuttgarter Pflaster, weil die Polizei die Ausschreitungen nicht beruhigen konnte. Nach dem Petersberger Abkommen vom November 1949 waren die Demontagen in den Westzonen weitgehend eingestellt worden. Nur in den Reichswerken Salzgitter wurden weiterhin die Anlagen abgebaut. Die Belegschaft besetzt im Sommer 1951 die Werksanlage, stürmte das Verwaltungsgebäude, vernichtet Demontageakten und reißt die Demontagegerüste ein. Ein Zeitgenosse berichtete: „Die Initiative zum Widerstand ging von der praktisch zu 100 Prozent gewerkschaftlich organisierten Hauptwerkstatt aus.

Die wütenden Arbeiter beschädigten Bohrmaschinen, Sprengladungen und Zündschnüre verschwanden, Kräne und Militärfahrzeuge wurden blockiert.“ Eine Eskalation mit dem eingesetzten britischen Militär konnte nur knapp abgewendet werden. Während der Aufstand in der DDR ein Überwachungssystem von Stasi und Polizei zur Folge hat, führten die Stuttgarter Krawalle zur Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft.



für die  
Einheit  
Deutschlands

Eine Wirtschaftspolitik  
für die Schaffenden  
und ihre Familien

Wir  
Demonstrieren  
gegen  
Preiswucher

Runter  
mit den  
Preisen

WIR HABEN  
IMMER NOCH  
HUNGER

DIE ERNTE  
WAR GUT.  
die  
Kartoffeln  
werden  
teurer!

## **DER VOLKSAUFSTAND WIRD ZUM NATIONALFEIERTAG IN DER BRD**

Auch für die Bundesrepublik ist der Aufstand vom 17. Juni 1953 ein entscheidendes Ereignis. Dass in der Ostzone die sowjetischen Panzer über das Pflaster rasseln und standrechtliche Erschießungen erfolgen, trifft die freiheitlichen und demokratischen Grundlagen der Bonner Republik und Westberlins im Mark.

Bundeskanzler Adenauer erhebt in einer Regierungserklärung die Forderung nach freien Wahlen in der DDR als Voraussetzung für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Am 19. Juni 1953 reist er nach Berlin, um der Opfer des Aufstandes zu gedenken. Am 22. Juni 1953 wird der zwischen S-Bahnhof Tiergarten und Brandenburger Tor verlaufende Abschnitt der Berliner Straße und der Charlottenburger Chaussee in Straße des 17. Juni umbenannt.

Weitere Straßen, Brücken und Plätze werden in den Folgejahren nach dem Aufstand benannt. Im August 1953 wird der 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ und zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Durch den Einigungsvertrag von 1990 wird der 3. Oktober als der Tag des Anschlusses der DDR an die BRD zum „Tag der Deutschen Einheit“ erklärt.

Der 17. Juni behält den Status eines Gedenktages.



**Achtung!**  
Sie verlassen  
**jetzt**  
West-Berlin

## **DER 17. JUNI 1953 ALS „INNERE STAATSGRÜNDUNG“ DER DDR**

Die Folgen des Aufstandes in der DDR sind zwiespältig. Einerseits verfeinert sich in der Folge der Repressionsapparat. Andererseits können die Massenproteste nicht verschwiegen werden. Es wird versucht, sie als einen aus dem kapitalistischen Westen gesteuerten „faschistischen Putschversuch“ umzudeuten.

Bis zum Ende der DDR, wird der 17. Juni 1953 in den Geschichtslehrbüchern so ausgelegt. Das in den Familien und hinter vorgehaltener Hand andere Geschichten erzählt werden, kann nicht verhindert werden. Die Krise der Jahre 1952 bis 1954, deren bedeutsamstes Ereignis der Volksaufstand war, wurde richtungsweisend für die nachfolgenden Jahrzehnte des Bestehens der DDR. Der Mythos vom Arbeiter- und Bauernstaat war bis zum Ende der DDR beschädigt. Die Volkspolizei bekommt in der Folge 14.000 neue Stellen zugesprochen. Abschnittsbevollmächtigte (ABV) in den Wohngebieten sollen die Stimmung ermitteln und frühzeitig oppositionelle Regungen wittern.

Ein Netz von informellen Mitarbeitern vergiftet das gesellschaftliche Leben. Doch der 17. Juni 1953 war dem Regime in die Knochen gefahren. Im Herbst 1989 fragte der Stasi-Minister Erich Mielke: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Die Ereignisse des Herbstes 1989 führen zurück auf die Erfahrungen des Juni 1953.



# **AfD-Antrag „Zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der 'DDR': Ein nationaler Gedenktag fordert ein würdiges Gedenken!“ (Drs. 8/2665)**

*Antrag Fraktion AfD*

## **Zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der „DDR“: Ein nationaler Gedenktag fordert ein würdiges Gedenken!**

*Der Landtag wolle beschließen:*

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war ein Zeichen für Selbstbestimmung und den Freiheits- und Einheitswillen des deutschen Volkes von zeitübergreifender Bedeutung und bildet den Ausgangspunkt zum Mauerfall und zur deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.
2. Dem Einsatz und dem Opfer der mutigen Männer und Frauen der Volkserhebung am 17. Juni 1953 gilt alle Ehre und Hochachtung.
3. Der Landtag gedenkt den Opfern, Inhaftierten, Verfolgten und deren schweren Schicksalen in Gefängnissen, Zuchthäusern und Arbeitslagern.

*II. Der Landtag bekennt sich,*

1. zur nationalen Bedeutung des 17. Juni 1953 als Symbol des Freiheits- und Einheitswillens sowie als Sinnbild des Kampfes gegen totalitäre Herrschaft und Unrecht;
2. im Gedenken an die Opfer und mutigen Aufständischen, der Ereignisse des 17. Juni 1953 zum 70. Jahrestag in würdiger Weise öffentlich zu gedenken.

*III. Die Landesregierung wird aufgefordert,*

1. zur Würdigung der Ereignisse des 17. Juni 1953 in kommenden Jahren feierliche Gedenkveranstaltungen durchzuführen, die der Bedeutung des historischen Ereignisses gerecht werden und dazu geeignet sind, den Volksaufstand im öffentlichen Bewusstsein aufzuwerten;
2. kommende Jahrestage des Volksaufstandes in der „DDR“ am 17. Juni 1953 sowie das damit verbundene Gedenken durch ein breit angelegtes Programm (Publikationen, Vortragsreihen, Einzelveranstaltungen usw.) zu begleiten, welches der Bedeutung der historischen Ereignisse gerecht wird und dazu geeignet ist, den Volksaufstand nachhaltig im öffentlichen Bewusstsein aufzuwerten;

3. darauf hinzuwirken, dass der 17. Juni 1953 in den Geschichtslehrplänen verpflichtend verankert und unterrichtet wird, und dafür Sorge zu tragen, dass an den Schulen bei einem jährlich durchzuführenden Aktionstag, ein den Mut und die Opfer des deutschen Volkes in der „DDR“, der Verfolgung von Oppositionellen und Dissidenten würdigendes Erinnern und Erörtern - frei von ideologischer Beeinflussung stattfindet;
4. im öffentlichen Raum zur mahnenden und ehrenden Erinnerung eine dauerhafte Gedenkstätte zum 17. Juni 1953 als eine Komponente der Erinnerungskultur unseres Volkes gegen Diktatur und für Freiheits- und Bekenntnismut zu errichten.

## **Begründung**

Der damalige Bundespräsident Lübke stellte in seiner Proklamation vom 11. Juni 1963 fest, dass der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 „ein Zeugnis für die Entscheidung des Gewissens gegen Tyrannei und Unmenschlichkeit“ gewesen war.<sup>1</sup> Der Tag des Volksaufstandes ist das zeitgeschichtliche Symbol eines unbeugsamen Freiheits- und Einheitswillens des deutschen Volkes und Sinnbild des Kampfes gegen totalitäre Herrschaft und Unrechtssystem.

Dieser erste Massenprotest mit etwa einer Million Protestierender und Aufständischer in Ost-Berlin und mehr als 700 anderen Orten, den Forderungen nach besseren Lebensbedingungen, Demokratie, Freiheit und deutscher Einheit, ist der Ausgangspunkt unserer Geschichte, der zu Mauerfall und Wiedervereinigung führte.

Zentren der Erhebung waren neben Berlin und Umgebung auch das mitteldeutsche Industriegebiet. Der Protest richtete sich gegen die Unterdrückung sowie gegen die Ursachen und Urheber der Verelendung in ganz Mitteldeutschland. Unter Hintanstellung der Bedürfnisse der Bevölkerung wurde die Konsumproduktion vernachlässigt, wurden Preiserhöhungen bei Lebensmitteln vorgenommen und die Arbeitsnormen drastisch heraufgesetzt. Die Fremdherrschaft in Gestalt der sowjetischen Besatzer, die systematische Umgestaltung des Landes nach sowjetischem Vorbild und die damit einhergehende ideologische Gleichschaltung im Sinne des Marxismus - am 10. Juni 1953 hatte Otto Grotewohl in einem Staatsakt Chemnitz zu Karl-Marx-Stadt umbenannt - ließ den Unmut gegen das SED-Unrechtsregime in einem Aufstand entladen.

Die Proteste ereigneten sich in unterschiedlicher Form an zahlreichen Orten auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts wie Magdeburg, Halle, Dessau, Bernburg, Sangerhausen oder Bitterfeld. Angeführt von streikenden Arbeitern des Ernst-Thälmann-Werkes zogen etwa in Magdeburg am Morgen des 17. Juni 1953 Tausende Menschen in die Richtung der Innenstadt, um gegen die Normerhöhungen zu protestieren und freie Wahlen einzufordern. Beteiligt waren alle Schichten des Volkes, unter ihnen Arbeiter wie Bauern, Handwerker, Schüler, Gewerkschafter, Pfarrer und selbst Polizisten.

In Berlin wurde die rote Fahne vom Brandenburger Tor gerissen und durch die Deutschlandfahne ersetzt. Die Demonstranten forderten unter anderem freie Wahlen, was ein Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung implizierte.

Nur mit Hilfe sowjetischer Truppen und Panzer gelang es der DDR-Führung den Aufstand niederzuschlagen. Dabei wurden zwischen 50 und 125 Menschen erschossen, Hunderte schwer verletzt, rund 15.000 Menschen verhaftet, Todesurteile gefällt, Tausende zu häufig mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Zudem setzte eine gnadenlose Verfolgung von Oppositionellen ein, die ihren Willen zur Freiheit und Einheit Deutschlands zum Teil mit hohen Freiheitsstrafen bezahlen mussten.

Bis zur Wiedervereinigung 1990 war der 17. Juni in der Bundesrepublik gesetzlicher Feiertag, seither wird er als Gedenktag begangen. Dieses Gedenken droht marginalisiert zu werden.

Insbesondere scheint die Bedeutung der Erhebung gegen das kommunistische Regime und den Unrechtsstaat in Vergessenheit zu geraten.

Der historische Moment des Volksaufstandes von 1953 markiert einen bedeutenden Wendepunkt in der Geschichte unseres Landes und verdient daher eine angemessene Anerkennung und Erinnerung. Dieser Volksaufstand war ein mutiger Akt des Widerstands und des

Aufbegehrens gegen die herrschende Diktatur. Er war ein klares Zeichen für den unerschütterlichen Wunsch nach Freiheit, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und nationaler Einheit.

Die Erinnerung an den Volksaufstand von 1953 ist von immenser Bedeutung für die historische Aufarbeitung und das kollektive Gedächtnis unseres Landes.

Da Protest und Opposition gegen Regierungsmaßnahmen heute wieder als „Delegitimierung des Staates“ diffamiert werden, ist es umso wichtiger, öffentlich und sichtbar an die Ereignisse um den 17. Juni 1953 und ihre Opfer zu erinnern. Formate, die unterhalb der Schwelle einer breiten und wahrnehmbaren Öffentlichkeit bleiben, reichen hierfür nicht aus. Angemessen ist eine auch zukünftig nachhaltige Würdigung mit einer Präsenz im öffentlichen Leben.

Ein zentraler Gedenkort würde dazu beitragen, das historische Bewusstsein zu stärken und die Erinnerung an den Mut und die Entschlossenheit der Menschen, die für ihre Freiheit und Rechte kämpften, zu bewahren. Durch die Errichtung eines zentralen Gedenkortes könnte sichergestellt werden, dass der Volksaufstand von 1953 nicht in Vergessenheit gerät und dass seine Bedeutung für unsere Gesellschaft, unsere nationale Identität und unsere Werte weiterhin gewürdigt wird.

Oliver Kirchner Fraktionsvorsitz





### **AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt**

Domplatz 6-9 | 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 560 6001



[info@afdfraktion-lsa.de](mailto:info@afdfraktion-lsa.de)



[www.afdfraktion-lsa.de](http://www.afdfraktion-lsa.de)



[www.facebook.com/afdfraktion.lsa](https://www.facebook.com/afdfraktion.lsa)



[www.twitter.com/afdfraktionlsa](https://www.twitter.com/afdfraktionlsa)



[afdfraktion-lsa.de/telegram/](https://afdfraktion-lsa.de/telegram/)



[https://www.instagram.com/afdfraktion\\_lsa/](https://www.instagram.com/afdfraktion_lsa/)